



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bezirk Herne

An die Funktionsträger/innen
Betriebsräte/Personalräte/ Mitarbeitervertreter
Aufsichtsräte und Jugendvertreter
im Bezirk Herne

Brunnenstraße 42
44623 Herne
Tel.: (0 23 23) 95 22 - 0
Durchwahl: 95 22 - 14
Fax: (0 23 23) 95 22 - 17
e-Mail: bezirk.herne@verdi.de
17. März 2003

Die Lage ist ernst, wir stehen an einem Wendepunkt Setzen wir uns zur Wehr

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die deutschen Gewerkschaften stehen an einem Wendepunkt und in einer Entscheidungssituation, die existenzielle Bedeutung erlangen kann.

Das seit Monaten anhaltende, propagandistische Sperrfeuer der Unternehmerverbände und führender Vertreter aus CDU/CSU, FDP, aber auch aus Teilen von SPD und B'90/Grüne markiert, unterstützt von einflussreichen Medienkonzernen, einen **Strategiewechsel herrschender Eliten** gegenüber den Gewerkschaften.

Unsere Gegner wollen (die teils selbstverschuldete) Defensivposition der Gewerkschaften nutzen, um sie nachhaltig so in ihrer Durchsetzungsfähigkeit zu schwächen, dass ohne ernstzunehmenden Widerstand ein **reaktionärer Systemwechsel gegen die abhängig Beschäftigten** und die Erwerbslosen vollzogen werden kann. Es handelt sich historisch um den Versuch einer zweiten Restauration nach 1945. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist erheblich bedroht. Die von einflussreichen Kräften gewollte und bewusst herbeigeführte Erosion der Sozialstaatsfundamente hat mit dem Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Rente (Riester-Rente) deutliche Schubkraft gewonnen und soll mit dem Umbau der Kranken- und Arbeitslosenversicherung nach gleichem Muster weitergetrieben werden. Wesentliche Sozialstaatsstützen, wie u.a. das Arbeits- und Sozialrecht, die Tarifautonomie, der Flächentarifvertrag, Arbeits- und Gesundheitsschutzrechte, die Betriebsverfassung und die Aufsichtsratsmitbestimmung werden offen angegriffen und in Frage gestellt.

Illusionslos müssen wir in Rechnung stellen, dass den massiven Ausfällen und Angriffen der letzten Wochen auch Taten folgen werden, wenn wir uns über den Ernst der eingetretenen Lage nicht klar werden und nicht massiv - unter Aufbietung aller Kräfte - dagegen zur Wehr setzen. Dabei haben wir die große Sorge, dass die neue Qualität der Angriffe sowie die reale Gefahr für den Bestand durchsetzungsfähiger Gewerkschaften und wichtiger, sozialstaatlicher Errungenschaften und Arbeitnehmerrechte in unseren eigenen Reihen und eine breiten Öffentlichkeit zZt. in ihrer Tragweite eher unterschätzt wird.

Wir wissen es aus der eigenen Geschichte. Immer wenn in Deutschland das Existenzrecht freier Gewerkschaften in Frage gestellt wurde, war dies stets mit einschneidenden Veränderungen in der Lage aller arbeitenden Menschen verbunden.

Ebenso hat es sich immer als falsch erwiesen, wenn die Gewerkschaften in entscheidenden Situationen Zurückhaltung geübt und stillgehalten haben.

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 14. März ist im Wesentlichen auf weitere Deregulierung, noch massiveren Sozialabbau und eine Einschränkung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit gerichtet. Das Regierungskonzept ist nicht nur „sozial unausgewogen“, es verschärft die Umverteilung von unten nach oben und sorgt für neue Ungerechtigkeiten.

Die Ursachen der anhaltenden Wirtschaftskrise liegen **nicht in zu hohen Arbeitskosten**, sondern im **Rückgang von Massenkaukraft** und **öffentlicher Investitionstätigkeit**. Nicht der Kündigungsschutz oder das Tarifrecht verhindern Neueinstellungen, sondern die stagnierende Nachfrage. Die Sozialsysteme leiden nicht unter zu hohen, nicht mehr finanzierbaren Leistungen, sondern unter zu geringen Einnahmen und der Überfrachtung mit systemwidrigen Kosten. Die **Steuersenkungspolitik** - vor allem **für Großunternehmen und Spitzenverdiener**- sowie der Rückgang der Masseneinkommen und öffentlichen Investitionen hat zu einem drastischen Einbruch der Inlandsnachfrage geführt. Schuld sind jahrelange Lohnabschlüsse unterhalb des Verteilungsspielraums und eine staatliche Investitionsquote von nur noch 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts, der niedrigsten in der Europäischen Union. Wieder wird der Eindruck erweckt, die **sogen. Lohnnebenkosten** seien eine wesentliche Ursache für die anhaltende Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft. Diese längst widerlegte Behauptung legt die entscheidende Grundlage für die **Millarden schweren Opfer**, die in den kommenden Monaten **den Kranken, Rentnern und Arbeitslosen** auferlegt werden sollen. Die **sogen. Lohnnebenkosten** in Deutschland sind nicht nur wettbewerbsfähig, sondern wie stetig steigende Exportüberschüsse beweisen sogar wettbewerbsfördernd. Auch sind die Sozialabgaben, volkswirtschaftlich keine verlorenen Kosten, sondern Kaufkraft und arbeitsplatzerhaltende Nachfrage. Wer die Sozialabgaben zusammenstreicht, verbessert zwar vordergründig die Ertragslage einzelner Unternehmen, vernichtet aber gleichzeitig Kaufkraft und damit Arbeitsplätze.

Die geplante **Privatisierung der Krankenversicherung** und die **Streichung des Krankengeldes** aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen, noch **höhere Zuzahlungen (Praxisgebühren)** im Gesundheitswesen sind massive versicherungsrechtliche Eingriffe in erworbene Eigentumsrechte der Arbeitnehmer.

Nicht hinnehmbar ist die **Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau** sowie die Verkürzung der **Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes** für unter 55-Jährige auf 12 Monate und für über 55-Jährige auf 18 Monate. Diese Pläne würden nicht nur ältere Arbeitnehmer/innen in die Armut treiben, sondern sie auch der Versicherungsansprüche berauben, die diese durch jahrzehntelange Beitragszahlung erworben haben. Mit der Arbeitslosenhilfe **fällt die faktische Mindestlohngrenze** in Deutschland. In der Folge gerät das gesamte Tarifvertragsniveau in eine Abwärtsspirale. Es käme zur Ausweitung eines breitgefächerten Niedriglohnssektors der jeden Schutz durch Tarifverträge zunichte macht.

Auf unsere entschiedene Ablehnung stoßen die Pläne zur **Schwächung des Kündigungsschutzes** durch eine **Veränderung der Sozialauswahl**. Danach könnten die Unternehmen betriebsbedingte Kündigungen zum **Aussieben der Belegschaften** nutzen. Damit würde nicht die Zahl der Beschäftigten erhöht, sondern die der schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen zunehmen.

Die Ankündigung des Bundeskanzlers von gesetzlichen Tariföffnungsklauseln untergräbt die Tarifautonomie und soll betriebliche und individuelle Regelungen ermöglichen die unseren Tarifverträgen ihre Mindestschutzfunktion nehmen, Betriebsräte erpressbar machen und die einzelnen Arbeitnehmer der Willkür ihrer Arbeitgeber aussetzen. Dies rüttelt an den konstituierenden Grundfesten der Gewerkschaften überhaupt. Gewerkschaften haben sich historisch herausgebildet und wir haben uns in Gewerkschaften zusammengeschlossen um der Ohnmacht und der Erpressbarkeit der/des Einzelnen die kollektive Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften entgegenzustellen. Wer den rechtlichen Rahmen hierfür aufweicht oder angreift, greift die Koalitionsfreiheit an und will kollektive (Tarif-)Verträge durch individuelle Vereinbarungen ersetzen. Damit wird die Existenzberechtigung und der eigentliche Daseinszweck von Gewerkschaften zur Disposition gestellt.

CDU/CSU und FDP unterscheiden sich von diesen fatalen, politischen Ansätzen nur durch Forderungen nach einer noch radikaleren Systemveränderung zum Nachteil der Arbeitnehmer.